

## "Europa läßt die Muskeln spielen" in Die Welt (10. November 1971)

**Quelle:** Die Welt. Unabhängige Tageszeitung für Deutschland. Herausgeber Kremp, Herbert. 10.11.1971, Nr. 262. Hamburg: Die Welt. "Europa läßt die Muskeln spielen", auteur:Herlt, Rudolf , p. 4.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/europa\\_la%C3%9Ft\\_die\\_muskeln\\_spielen\\_in\\_die\\_welt\\_10\\_november\\_1971-de-b376ee8a-4779-4e69-b987-e06c2762ace5.html](http://www.cvce.eu/obj/europa_la%C3%9Ft_die_muskeln_spielen_in_die_welt_10_november_1971-de-b376ee8a-4779-4e69-b987-e06c2762ace5.html)

**Publication date:** 16/03/2015

## Europa läßt die Muskeln spielen

Von Rudolf Herlt

### Amerika fühlt sich von der EWG düpiert

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hat es für richtig gehalten, dem Ärger, der sich seit langem zwischen Brüssel und Washington aufgestaut hat, neuen hinzuzufügen. Das politische Entscheidungsorgan der Gemeinschaft hat den Entwurf eines Mandats verabschiedet, das die Kommission ermächtigt, mit der Schweiz, mit Österreich, Schweden, Finnland, Island und Portugal über den zollfreien Verkehr von Industrieerzeugnissen zu verhandeln.

Das Ergebnis wäre ein Freihandelsraum, der die erweiterte EWG und jene Länder umschließt, die nach dem Beitritt Englands, Dänemarks und Norwegens zur Wirtschaftsgemeinschaft in der Kleinen Freihandelszone Efta übrigbleiben. In diesem großen, 16 Länder umfassenden Freihandelsraum genossen die Industrieprodukte der 16 Länder Zollfreiheit und damit Wettbewerbsvorteile gegenüber den Erzeugnissen dritter Länder, zum Beispiel den Vereinigten Staaten.

Die Aussicht auf diesen neuen Schlag gegen die Handelsinteressen der USA hat zu einem scharfen Protest Washingtons geführt. Man könnte über die Empfindlichkeit der größten Wirtschaftsmacht der Welt lächeln, wenn sie nicht einen so ernsten handelspolitischen Hintergrund hätte und wenn nicht vitale politische Interessen Europas auf dem Spiele stünden.

Die USA stehen heute im windstillen Zentrum des Hurrikans, der über das internationale Währungssystem hinwegbraust. Die Amerikaner kennen ihre Mitschuld am Ausbruch der Weltwährungskrise. Mit dem Dollar als Leit- und Reservewährung sind sie das Herz des Währungssystems. Dieses Herz schlägt aber unregelmäßig, zuweilen heftig, seit die US-Regierung zuviel auf einmal wollte. Sie wollte den Vietnam-Krieg führen, anderen Staaten militärische Hilfe gewähren, arme Nationen entwickeln helfen, und die amerikanische Industrie hat obendrein außerhalb der USA einen Produktionsapparat aufgebaut, dessen Leistungen viermal so hoch sind wie die Exporte US-amerikanischer Unternehmen vom heimatlichen Boden aus. Selbst diese hohen Forderungen an die Leistungskraft der Wirtschaft wären zu meistern gewesen, wenn die USA ihre Aus- und Einfuhren so hätten entwickeln können, daß sie ihren traditionellen Exportüberschuß behalten hätten.

Aber auf diesem Felde sahen sich die USA zunehmend negativen Kräften gegenüber. Japan öffnete seine Grenzen amerikanischen Erzeugnissen nur zögernd. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft schuf sich ein Agrarsystem, das alles andere als einfuhrfreundlich ist. Außerdem legt die EWG die Zollmauern zwischen ihr und den assoziierten Ländern Türkei, Griechenland und den ehemals französischen Kolonien nieder. Sie dehnte damit den Raum, in dem Erzeugnisse aus Mitgliedsländern Zollvorteile genießen, bis ans Mittelmeer und nach Nordafrika aus. Durch den Beitritt Englands wird diese Präferenzzone um die ärmeren Commonwealth-Länder erweitert werden. Sie wird bis in die Karibische See, vor die Haustür der USA, reichen. Die USA müssen dort, wo EWG-Erzeugnisse zollfrei eindringen, Zollmauern überspringen.

Dennoch haben die Amerikaner lange Zeit nicht unbesonnen auf die Schläge gegen ihre Handelsinteressen reagiert. Durch die widersinnige Agrarpolitik der Gemeinschaft, die nicht nur zu unabsetzbaren Überschüssen, sondern auch zu sinkenden Importen führte, konnten die USA zwar weniger Nahrungsmittel in Europa verkaufen. Trotzdem hat Washington keine Vergeltungsmaßnahmen getroffen. Denn auch die stagnierenden Nahrungsmittelausfuhren in die EWG haben noch ein Volumen, auf das die Lieferanten nur ungerne verzichten. Schließlich wissen die USA den wachsenden europäischen Markt für ihre Industrieerzeugnisse zu schätzen.

Diese Interessenlage hat die US-Regierung bis zum August davor bewahrt, einen Handelskrieg vom Zaun zu brechen, obwohl er im Kongreß viele Anhänger hat, seit die japanische Konkurrenz fühlbar geworden ist. Die gegenwärtige und die erweiterte Gemeinschaft säße dabei am kürzeren Hebel: Sie ist dreimal mehr auf den Außenhandel angewiesen als die USA.

Trotzdem läßt die Gemeinschaft ihre Muskeln spielen. Sie riskiert es, durch das Einbeziehen der Rest-Efta in den Präferenzraum den Groll des Riesen zu wecken. Dieser Groll hat durch die Währungskrise eine neue Dimension erhalten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Regierung Nixon in der gegenwärtigen Phase auch nicht vor handelshemmenden Schutzmaßnahmen wie Sonderzöllen zurückschreckt, wenn es gilt, die eigenen Interessen zu wahren.

Die Bundesregierung darf deshalb aus elementarem politischem Interesse nicht zulassen, daß die Gemeinschaft die westliche Schutzmacht zum Äußersten treibt, zum Rückzug aus Europa. Das Programm zur Lösung der Weltwährungskrise hat eine währungspolitische und eine nicht-währungspolitische Komponente. Zu dieser gehören die noch bestehenden Handelshemmnisse, die EWG-Agrarpolitik, die EWG-Zollpräferenzen, die Neuverteilung der Verteidigungslasten und der Entwicklungshilfe.

Über dieses Gesamtgebiet muß die Gemeinschaft so schnell wie möglich mit den USA sprechen. Dabei ist ein Interessenausgleich anzustreben, der Raum läßt für den Abbau amerikanischer Lasten auf der einen Seite und für handelspolitische Lösungen zugunsten der Rest-Efta auf der anderen. Das politische Interesse Europas gebietet, daß der Komplex als Ganzes behandelt wird. Mit Nadelstichen, mögen sie beabsichtigt sein oder nicht, schadet sich die Gemeinschaft nur selbst.